

# Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Bezirk Schlessen (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Mit der 14-tägig erscheinenden Beilage „Der rote Stern“ und den Beilagen „Die Zeitung“, „Die Kommunistin“, „Der Hungerprolet“, „Die rote Siegel“.

Enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Gemeinden Bittersb., Gattesberg, Nieder-Hermsdorf, Seitendorf, Neu-Zalzbrenn, Welkheim.

**Anzeigenpreis:** Die 10gepaltene Millimeterzeile od. deren Raum 10 Goldpfennig. Stellen- und Wohnungsanzeigen, Familiennachrichten, Verrent- und Bekanntmachungsanzeigen 5 Goldpfennig. — Reklamepreis: Die Millimeterzeile 3gepalt. ober deren Raum im Text 50 Goldpfennig.

Montag, 29. September 1924

**Bezugspreis:** Bei wöchentlich einmaligem Erscheinen monatlich 1,20 Mk. monatlich 50 Pf. Einzelhefte 10 Pf. Einzelhefte 10 Pf. Subskription und Expedition Breslau, Trebnitzer Straße 50. — Postkontokonto Breslau Nr. 21029. — Fernsprecher: Breslau, Ring 9857.

## Brot von 44 auf 72, Fleisch von 80 auf 140 Pf.

### Das ist das deutsche Damesparadies.

#### Hundertprozentiges Steigen der Preise / Fall der Reallohne!

Die Lebensmittelpreise steigen in der „gesegneten“ Republik täglich. Seit etwa 14 Tagen haben wir die Inflation der Preise. Nach menschlichem Ermessen müßten gerade jetzt die Preise fallen, denn die Junker haben ihre Ernte unter Dach und Fach und das Vieh kommt auch jetzt von der Weide zurück.

Was sehen wir dagegen? Das Brot ist von 54 auf 72 Pfg. gestiegen, Fleisch von 80 auf 140 Pfg., Zucker von 36 auf 40 Pfg., Mehl von 17 auf 23 Pfg., Kaffee von 2 auf 3,20 Mk., Milch von 22 auf 29 Pfg., Eier von 12 auf 16 Pfg. Die Miete ist ebenfalls um 10 Prozent erhöht worden.

Die Lebensmittelpreise sind also im Durchschnitt um 40 bis 50 Prozent gestiegen.

Die Löhne werden abgebannt. Die Junker bekommen ihre Gehaltssteile, handelt sie, wie in der Inflationszeit, nach eigenem Ermessen wüßern können. Die Sozialdemokratie hatte den Arbeitern gesagt, wenn das Londoner Gutachten angenommen wird, werden wir Kredite bekommen. Sie hat die Dollarsonne wie den neuen Sellaand gesegnet. Aber die Dollars sind ausgeblieben, die Arbeiter sind zu Tausenden auf das Pflaster gesetzt, die Arbeitszeit ist verlängert, die Löhne sind gekürzt und jetzt steigen auch noch mit rasender Geschwindigkeit die Preise aller Bedarfsmittel.

Die Reallohne sind in Deutschland nicht mehr herabzusetzen. Sie betragen kaum den vierten Teil des proletarischen Existenzminimums. Darum muß die Methode der Preissteigerung herhalten, die Massen des deutschen Volkes noch weiter auszublenden. Das Steigen der Preise bedeutet ein weiteres Sinken der Reallohne.

Während in Sowjetrußland die Industriearbeiter eine 36-prozentige Lohnerhöhung bekommen haben, sinkt der Reallohn der Arbeiter in Oberdeutschland um etwa 20 Prozent, trotzdem er in Schlessen nur 30 bis 50 Pfg. des Vorkriegslohnes beträgt.

Dies sind die ersten Folgen des Sachverständigenrats. Aus dem „Frieden“ ist ein Hungerkrieg gegen die Proleten geworden. Die Junkerhäuser werden mit revolutionären Proleten gefüllt, damit der Hunger in Deutschland herbeigeführt werden soll. Der internationale Kapitalismus geht auch jetzt noch daran, die russischen Arbeiter niederzuschlagen.

Der Auswanderungsplan der Kapitalisten soll an der Spitze scheitern.

#### Es bleibt bei den Hungerlöhnen.

Vor einigen Tagen wandten sich die Spitzenorganisationen an die Regierung und verlangten, angesichts der Preissteigerung und der Hungergefahren der Beamten und Angestellten, eine

Erhöhung ihrer Bezüge. Der Reichsfinanzminister Dr. Guther lehnte diese Forderung als unmöglich ab. Eine Erhöhung der Gehälter würde dem Preisabbau entgegenwirken. Auch sei die Forderung eine wirtschaftliche und finanzielle Unmöglichkeit für das Reich. Ferner dürften vor Errichtung der Goldnotenbank keine derartigen Extrazugaben erfolgen.

Das ist eine deutliche Sprache. Klipp und klar wird den Beamten und Angestellten auseinandergesetzt, wie die Stabilisierung vor sich gehen soll. Klipp und klar wird ihnen gezeigt, was Landes von der Regierung verlangt. Während die Regierung vom Preisabbau phantasiert, um die Arbeiterschaft einzulullen, steigen die Preise ins Maßlose. Das einzige, was stabil bleibt, sind der Hunger und die Hungerlöhne.

#### Die deutschen Reallohne.

Aus dem statistischen Material des IGB veröffentlichten wir die Bauarbeiterlöhne nach dem Stande vom 1. Mai 1924. Danach werden die deutschen Löhne nur von einem einzigen Lande unterboten, von Oesterreich, das die Segnungen des Völkerbundes, der Sanierung, der Anleihen, der Ententekommission usw. usw. schon über ein Jahr genießt. Bei dieser Tabelle muß man noch berücksichtigen, daß die Bauarbeiterlöhne die höchsten sind und, daß die schlesischen Löhne um die Hälfte hinter den Berliner Löhnen zurückbleiben. Außerdem sind hier nur die Reallohne in Betracht gezogen, nicht die Nominallohne. Da die deutschen Preise die Weltmarktpreise überschreiten, ergibt die Berücksichtigung der Reallohne für Deutschland ein noch ungünstigeres Bild. Die Löhne betragen, wenn man die englischen Löhne gleich 100 setzt:

Berufe	London	Wien	Prag	Brüssel	Paris	St. Petersburg	Warschau	Datun	Berlin	Wien
Ges. Arbeiter:	100	91	58	73	69	109	94	263	52	47
Maurer	100	91	58	73	—	109	94	263	52	47
Ziegelsetzer	100	91	63	69	76	109	91	197	52	49
Tischler	100	91	64	69	—	109	—	197	65	43
Zimmerer	100	97	55	69	—	85	—	210	66	—
Klempner	100	90	52	77	93	108	99	180	61	51
Waler	100	99	49	91	74	132	76	140	64	51
Ungel. Arbeiter	100	99	49	91	74	132	76	140	64	51
Hilfsarbeiter	100	99	49	91	74	132	76	140	64	51

#### Wie Polen „saniert“ wird.

Von G. Vidubnyj.

In der Zeit der ... der Inflation tief bereinst einer der alten polnischen Schriftsteller aus: „Wir gehen zugrunde. Man sagt uns einer wahrhaftiger Unterang voraus; wir aber halten die Leute, die dieses Wort aussprechen, für verrückt!“

Heute hören wir wieder einen Jammergeschrei dieser Art. Diesmal trat als Prophet der Führer des mittleren Bauerntums, eine der Säulen der polnischen Demokratie, Herr Luga, auf: „Alle schlafen. Der Bauer stirbt Hungers; Tausende von Arbeiterfamilien gehen hilflos zugrunde. In den Grenzgebieten kann bald ein bedrohlicher Aufstand ausbrechen. Man verhöhnt die Bürger, man setzt sich lachend über das Gesetz hinweg. Schlecht steht es mit Polen!“

Bekanntlich kam eine Zeit, da die erste Prophezeiung in Erfüllung ging, da Polen tatsächlich zugrunde ging. Jetzt wird vor der Wiedergeburt ... Aber siehe! Wieder spricht ein polnischer Patriot und Chauvinist eine Prophezeiung aus. Wird diese Prophezeiung ebenso in Erfüllung gehen wie die erste? Wird Polen wieder zugrunde gehen wie schon einmal?

Polen durchlebt jetzt eine schwere Krise. Dem bürgerlichen Polen droht nicht nur ein Klassenkampf, kein Befand wird nicht nur vom nationalen Kriege bedroht, der nicht eingestellt, sondern nur andere Formen angenommen hat. Es droht ihm der wirtschaftliche Zerfall, es droht ihm der finanzielle Bankrott.

Eine neue Goldwährung ist eingeführt, aber die Stabilisierung ist nur Augenwäschererei und rein äußerlich. Innerlich geht alles immer zum Schlechteren. Die Landwirtschaftskrise hat sich in ihrer ganzen Größe entfaltet. Die Industrie trinkt in jeder Beziehung. Die Fabriken werden geschlossen, die Arbeitslosigkeit wächst. Die unzureichenden Steuern vermögen nicht, die Lage der Staatskasse zu verbessern.

Indessen hat sich das Auslandskapital in Polen häuslich eingerichtet. Englische Kapitalisten haben ungeheure Konzessionen in Oberschlesien erhalten. Frankreich versorgt Polen mit allen Flugzeugen und Geschützen zu hohen Preisen, und hat in aller Stille die Petroleumquellen in Ostgalizien in Besitz genommen.

Die Finanzen zu retten, hat schon im Jahre 1922 der Minister Michalski begonnen. Er schlug einen Entwurf vor, alle Staatsbürger mit einer Steuer im Gesamtbetrage von 100 Milliarden polnische Mark zu belegen. Man brachte nachher 60 Milliarden zusammen, aber dies hat die Finanzen nicht gerettet.

Die Regierung Konikowski ... die Finanzen durch eine Verminderung der Ausgaben für den Staatsapparat zu retten. Aber dabei wurde beschlossen, daß die Beschränkung der Ausgaben die Eisenbahnen und das Heer nicht treffen dürfe. Und, da die Armeefakt 50% aller Ausgaben verschlingt, so ist auch aus diesem Plane so gut wie nichts herausgekommen.

Schließlich hat sich der Minister Grabski an diese Sache herangewandt. Er schlug zunächst eine Vermögenssteuer im Ausmaße von 600 Millionen Zloti und dann von ... Milliarden vor. Aber da erhoben sich die Industriellen, Kaufleute, Bankiers und Schieber. Es folgten die Proteste ein, und der Entwurf wurde feierlich begraben.

Das Ergebnis ist: die Staatsverschuldung ist im Verlaufe eines halben Jahres von 23 auf 42,3 Trillionen gestiegen, der Banknotenumlauf von 2,7 auf 53,2 Trillionen; der Kurs des Dollars ist auf das Siebzigfache gestiegen. Das Budget stellte sich wie folgt: Einnahmen 420,8 Millionen Zloti und Ausgaben 1118,8 Millionen Zloti, also ein Defizit von 692 Millionen Zloti. Dabei hat die Armeefakt 369 Millionen verschlungen, und die Eisenbahnen haben ein Defizit von 365 Millionen ergeben.

In der Zeit begannen in Verbindung mit dem allgemeinen Zerfall des ... der durch diese Miswirtschaft herbeigeführt wurde, Unruhen auszubrechen: Generallstreik und blutige Zusammenstöße in Krakau, Larnow und Sosnow. Es begann ein Panik im ganzen Lande. Vor den Augen der erschrockenen Bourgeoisie entstand das Geheiß der Revolution und des ...

Das waren die ... des Vorjahres. Darauf wurde Grabski zum zweiten Male zur ... des Vaterlandes berufen. Es begann die Periode der „Sanierung“. Grabski erhielt diktatorische Vollmachten. Die Periode der „Sanierung“ begann mit dem 1. Februar. Die Staatsschuld betrug zu jener Zeit 291 Trillionen Mark. Am 1. Mai wurde Hartgeld (Zloti) in Verkehr gesetzt.

Welche Ergebnisse hat diese Reform erzielt? Laßt uns die Zahlen betrachten. Im Monat Januar wurden 38 Millionen Zloti eingenommen und 73 Millionen verausgabt. Im Februar betragen die Einnahmen 80, die Ausgaben 90; im März die

## 36 Prozent Lohnerhöhung in Rußland.

### Doppelter Verdienst der Bauern. — Allgemeiner wirtschaftlicher Aufstieg.

Das Zentralinstitut für Statistik in Moskau veröffentlicht die neuesten Daten über die Volkswirtschaft der Sowjetunion, die sich teils auf das Gesamtjahr, hauptsächlich aber auf den Monat August beziehen.

In der Landwirtschaft ergibt die Gesamternte im Jahre 1923-24 2675 Millionen Pud gegen 3016 im Vorjahre. Dagegen wurde die Saatfläche um 6 Prozent vergrößert. Eine entsprechende Zunahme weist die Viehzucht auf; der Viehbestand wurde um 11, Schweinezucht um 64% vergrößert.

Im Monat August wurde der Kampf gegen das Inflationssyndikat der Getreidepreise aufgenommen und in folgender Weise geführt: der Weizenpreis wurde um 6,7 Prozent der Weizen um 12,5, Hafer um 19,7 Prozent herabgesetzt. Ein Pud Weizen kostete im August des Vorjahres 92 Kopeken, zurzeit 164 Kopeken; ein Pud Roggen im Vorjahre 42 Kopeken, im August 1924 1 Rubel. Der Bauer erhält also für sein Getreide viermal soviel als im Vorjahre und wird in demselben Maße mehr Industriearbeiter kaufen.

Industrie: Die Gesamtproduktion hat sich im Verhältnis zu Juli im August um 6 Prozent vergrößert. Der Wert der industriellen Produktion machte 1214 Millionen Goldrubel aus. Das gegenüber dem Vorjahre eine Erhöhung von 62 Prozent ausmacht.

Die Zahl der beschäftigten Arbeiter ist um 4 Prozent angewachsen. Das ist zu bemerken, daß die letzten Monate mit einem noch viel stärkeren Anstiege der Industrieproduktion einhergehen, die Produktion ist erst allmählich auf die gewöhnliche Produktion zurückgefallen.

Getreidepreise: Am 1. September stiegen die Getreidepreise auf 602 Millionen Ubergewicht, was gegenüber dem

Monat Juli eine Vergrößerung der Zirkulation um 10 Prozent bedeutet. Es handelt sich um eine Emission von Ubergewichtsbanknoten, die durch die Aktiva der Staatsbank vollständig gedeckt sind und nur die Belebung der Gesamtwirtschaft auslösen. Infolge der Verbilligung der Industriearbeiter ist die Kaufkraft des Sowjetgeldes gestiegen.

Produktivität der Arbeit und Arbeitslohn: Der Durchschnittslohn der Arbeiterschaft erhöhte sich im August gegen Juli um 16 Warenrubel auf 16,5 Rubel. Seit August 1923 hat sich der

Durchschnittslohn um 36 Prozent erhöht.

In einzelnen Industriezweigen um 50-60 Prozent.

Warenhandel: Der staatliche Export hat im August 1924 27,7 Millionen Rubel der Import 20,9 Millionen ergeben. Der größte Teil des Exports fällt auf Holz- und Naphthalinprodukte. Da der Getreideexport infolge der Mägen in Südrußland stark eingeschränkt wurde.

Das sind die hauptsächlichsten Ergebnisse der Statistik. Jeder unbefangene Leser kann sich auf Grund dieses Materials keine eigene Meinung bilden. Jeder wird zur Ansicht kommen, daß die Wirtschaft der

Sowjetunion im Aufstiege

bedarfen ist, den auch die Teil-Mägen nicht beeinträchtigen können. Und jeder kann sich auch danach seine Meinung über die Sowjetunion, die Sowjetunion, die Sowjetunion bilden, die auf die Unwissenheit der Leser spezialisiert, ihren die bekannten Sagen ausfüllt.



Einnahmen 122, die Ausgaben 114; im April die Einnahmen 148, die Ausgaben 114; im Mai die Einnahmen 113, die Ausgaben 133, im Juni die Einnahmen 112, die Ausgaben 148 Millionen (M.). Es ergibt sich also schon im Juni ein Überschuss von 36 Millionen M.

Die Wirtschaftspolitik ist jedoch durchaus nicht durch die Einführung der neuen Währung und die Stabilisierung entstanden. In Polen ist die Krise eine durchaus normale Erscheinung. Die Krise und der Zerfall der Industrie in Polen riefen sich schon vor dem ersten Weltkrieg herbei. Seit der Zeit der polnischen Unabhängigkeit hat die Wirtschaft dieser Staaten sich nicht zu erholen. Die Wirtschaft dieser Staaten hat sich nicht zu erholen. Die Wirtschaft dieser Staaten hat sich nicht zu erholen.

Ein anderer Grund ist der, daß ein großer Teil der Industrie in den Händen von Ausländern befindet, die gar nicht daran denken, Steuern zu zahlen, und sie nicht zahlen werden, da sie durch Monopole, Erträge von Steuern befreit sind. Das sind einfache Methoden.

Dann gibt es einen politischen Grund: Die Furcht vor der Revolution und das Bündnis mit Frankreich bringen es herbei. Die Ausgaben für das Volk, die Gesundheitsfürsorge usw. sind im Jahre 1923 wurde das Staatsbudget fast gänzlich durch die Ausgaben für das Volk vergrößert.

Die Lebensmittelpreise sind erschreckend gering. Vom 15. Juli bis Mitte August sind die Getreidepreise um 75%, die Fleischpreise um 50% gesunken. Im August dagegen das Ansteigen der Preise fort.

Die Landwirtschaft hat in diesem Jahre eine schlechtere Ernte als im Vorjahre. Nach der Ernte dieses Jahres verbleiben im vollen Umlauf die Getreidearten das Getreide, und man mußte noch ein weites Maß Feld, was dies noch möglich war. Die Regierung hat für die Getreide zwei Millionen Zloty angewiesen, doch ist der Bauernschaft damit fast nicht geholfen.

Die dritte Ursache der Krise ist die Krise der Grundbesitzer. Die Grundbesitzer sind in diesem Jahre in einer sehr schlechten Lage. Die Grundbesitzer sind in einer sehr schlechten Lage.

Die Krise der Grundbesitzer ist die Ursache der Krise der Grundbesitzer. Die Krise der Grundbesitzer ist die Ursache der Krise der Grundbesitzer.

Die Krise der Grundbesitzer ist die Ursache der Krise der Grundbesitzer. Die Krise der Grundbesitzer ist die Ursache der Krise der Grundbesitzer.

Die Krise der Grundbesitzer ist die Ursache der Krise der Grundbesitzer. Die Krise der Grundbesitzer ist die Ursache der Krise der Grundbesitzer.

Die Krise der Grundbesitzer ist die Ursache der Krise der Grundbesitzer. Die Krise der Grundbesitzer ist die Ursache der Krise der Grundbesitzer.

Die Krise der Grundbesitzer ist die Ursache der Krise der Grundbesitzer. Die Krise der Grundbesitzer ist die Ursache der Krise der Grundbesitzer.

Der Verteidiger, Genosse Dr. Sedel, stellt sofort fest, daß die Verhandlungen über die Strafen und die Strafen der Reichstagsabgeordneten nicht in Würdigung verhandelt worden sind. Genosse Sedel wurde wegen seiner Frau aus der Haft entlassen, inwieweit ist er Reichstagsabgeordneter geworden, so daß gegen ihn die Verhandlung nicht möglich sei.

Rechtsanwalt Dr. Richter widerspricht dieser Auffassung. Auf Grund des § 37 der Verfassung bestehe kein Hindernis zur Fortführung des Verfahrens gegen Sedel. Gegen Vanus sei bereits ein Haftbefehl erlassen worden.

Rechtsanwalt von Bagnato beantragt, den Genossen Munch als Zeugen zu bestellen, welcher bezeugen wird, daß der Reichstagsabgeordnete Dr. Richter widerrechtlich dieser Auffassung sei. Bagnato beantragt, den Genossen Munch als Zeugen zu bestellen, welcher bezeugen wird, daß der Reichstagsabgeordnete Dr. Richter widerrechtlich dieser Auffassung sei.

Rechtsanwalt Sedel beantragt die Zahlung des Reichstagsabgeordneten Vanus, des Reichstagsabgeordneten Richter, die bezogen sollen, daß das Vorgehen gegen die Angeklagten auf Veranlassung der Regierung erfolgt, um die Presse zu zerschlagen.

Der Vorsitzende erklärt noch, daß gegen die Angeklagten Groß, Frick und Müller schon ein weiteres Hochverratsverfahren in dem Reichsgericht und Genossen im Gange ist. Dieses Verfahren sei abgelehnt und mit dem heutigen Prozeß verbunden worden.

Das Gericht lehnte den Antrag des Genossen Sedel als unzulässig ab. Die Anträge des Rechtsanwalts von Bagnato werden als verträglich gestellt abgelehnt.

Der Vorsitzende erklärt noch, daß gegen die Angeklagten Groß, Frick und Müller schon ein weiteres Hochverratsverfahren in dem Reichsgericht und Genossen im Gange ist. Dieses Verfahren sei abgelehnt und mit dem heutigen Prozeß verbunden worden.

Das Gericht lehnte den Antrag des Genossen Sedel als unzulässig ab. Die Anträge des Rechtsanwalts von Bagnato werden als verträglich gestellt abgelehnt.

Der Vorsitzende erklärt noch, daß gegen die Angeklagten Groß, Frick und Müller schon ein weiteres Hochverratsverfahren in dem Reichsgericht und Genossen im Gange ist. Dieses Verfahren sei abgelehnt und mit dem heutigen Prozeß verbunden worden.

Das Gericht lehnte den Antrag des Genossen Sedel als unzulässig ab. Die Anträge des Rechtsanwalts von Bagnato werden als verträglich gestellt abgelehnt.

Der Vorsitzende erklärt noch, daß gegen die Angeklagten Groß, Frick und Müller schon ein weiteres Hochverratsverfahren in dem Reichsgericht und Genossen im Gange ist. Dieses Verfahren sei abgelehnt und mit dem heutigen Prozeß verbunden worden.

Das Gericht lehnte den Antrag des Genossen Sedel als unzulässig ab. Die Anträge des Rechtsanwalts von Bagnato werden als verträglich gestellt abgelehnt.

Der Vorsitzende erklärt noch, daß gegen die Angeklagten Groß, Frick und Müller schon ein weiteres Hochverratsverfahren in dem Reichsgericht und Genossen im Gange ist. Dieses Verfahren sei abgelehnt und mit dem heutigen Prozeß verbunden worden.

Die württembergischen Genossen, die unterschrieben und aufrecht den Klassenkampf gegenübertraten, wurden zu so schweren Verurteilungen verurteilt, weil sie Kommunisten waren und sich als solche vor dem Staatsgerichtshof erwiesen. Mit dem Rufe: „Wir werden zueletzt die Sieger sein“, gehen sie in die Kerker zurück. Mit sich bekannten sie sich als kommunistische Funktionäre, als eine Ehre betrachten sie es, daß sie von diesem Staatsgerichtshof abgeurteilt zu werden. Dieser Prozeß ist ein weithin leuchtender Sieg der kommunistischen Idee.

**Gildermann zu 7 Wochen Gefängnis verurteilt.**  
Vor drei Tagen wurde unter Genosse Gildermann, der vor einem Jahre verantwortlicher Redakteur des „Klassenkampf“ war, vom Saalhofer Schöffengericht wegen Verleumdung zu 7 Wochen Gefängnis verurteilt. Vorgesetzt fand Genosse Gildermann wiederum vor dem Saalhofer Schöffengericht ein Pfarrer, der sich durch „Klassenkampf“-Artikel beleidigt fühlte, hatte Verleumdungsflage gestellt. Genosse Gildermann wurde zu drei Wochen Gefängnis verurteilt.

**Bedingungslos in den Völkerbund.**  
Nach all den großspurigen Reden der Regierung, daß sie nur unter ganz bestimmten Bedingungen in den Völkerbund eintreten würde, ist es zu einer ganz zynischen Geständnisrede an den Völkerbund gekommen. Deutschland hat alle Bedingungen für den Eintritt in den Völkerbund erfüllt, nämlich: ständiger Sitz im Völkerbundsrat und Aufklärung über Artikel 16, der sich auf Zwangsmassnahmen bezieht. Also wiederum ein sogenannter Sieg der SPD, wenn auch keiner, mit dem man Klatsche machen kann.

**Österreich liefert Munition gegen Sowjetrußland.**  
Die Wiener „Rote Fahne“ meldet: Vom 11. August bis Mitte September sind über 130 Waggons Artillerie-Munition für Selbstschütz nach Polen gesandt worden.

Wir berichteten bereits vor einigen Wochen über die Enthüllungen Morels im englischen Parlament, die die augenblickliche Friedensliebe und Kontrolle der militärischen Abrechnung am österreichischen Beispiel als einen bodenlosen Schwund entlarvte und zeigte, daß während seiner gesamten politischen Laufbahn der österreichische Staat niemals ein so blühende Kriegsindustrie und so zahlreiche Waffen- und Munitionslieferanten besaß, als unter der Herrschaft des Völkerbundes. Die Meldung unseres Wiener Bruderorgans zeigt, daß nur dann der Völkerbund sich Abrechnung über die Rüstungen Englands oder Frankreichs gefährlich werden können. Denn sie hingegen dem Kampf gegen Sowjetrußland, so geben der Völkerbund und seine Anhänger, die Sozialdemokraten, ihren Segen dazu.

**Die Lage in China.**  
Ueber die Lage in China liegen noch immer keine klaren Meldungen vor. Die Beschießung Schanghai durch die Regimentsgruppen scheint bevorzustehen. Schanghai, der Gegner der Peking-Regierung, wird weiter durch die fremden Mächte mit Waffen und Munition ausgerüstet.

**Militärisches Eingreifen der Amerikaner in China.**  
An der Spitze Marineoffiziere in Schanghai, aber auf dem Territorium und übernehmen die Befehle der 5000 Mann starken Posten. Angeblich haben die amerikanischen Truppen zuvor eine Niederlegung der Standard-Öl-Gesellschaft geplündert.

**Vor dem Streit in den engl. Eisenbahnen.**  
London. Die Gewerkschaft der Eisenbahner hat eine Abstimmung unter ihren Mitgliedern beantragt, welche Eintritt in den Streit. Die Arbeiter hatten eine Lohnforderung von 15 Schilling pro Woche verlangt, die Unternehmer lehnten jedes Zugständnis ab. Vom Streit werden 14000 Arbeiter betroffen.

**Der Reichsparteitag des Zentrums findet am 28./29. Oktober in Frankfurt am Main statt.**

### Das Urteil.

#### Jugendgenosse Delhner 1 Jahr Gefängnis.

Leipzig, 29. September.  
Im Prozeß Sedel und Co. werden vom Staatsgerichtshof folgende Verurteilungen ausgesprochen: Genosse Sedel 3 Jahre 6 Monate Gefängnis, 300 M. Geldstrafe; Genosse Sedel 3 Jahre 6 Monate Gefängnis, 300 M. Geldstrafe; Genosse Sedel 2 Jahre 6 Monate Gefängnis, 200 M. Geldstrafe; Genosse Sedel 2 Jahre 6 Monate Gefängnis, 200 M. Geldstrafe; Genosse Sedel 1 Jahr 6 Monate Gefängnis, 100 M. Geldstrafe; Genosse Sedel 1 Jahr 6 Monate Gefängnis, 100 M. Geldstrafe; Genosse Sedel 1 Jahr 6 Monate Gefängnis, 100 M. Geldstrafe.

Unter der Verurteilung befindet sich auch Genosse Alfred Delhner, ein Sohn eines hiesigen Bankiers, der 3 Jahre Gefängnis zu verbüßen hat. Alfred Delhner war in den Jahren 1922/23 in der Redaktion der „R. A. J.“ tätig und wurde als Redakteur der „Kommunistischen Jugendbewegung“ bezeichnet. Seine Verurteilung ist die Folge des Scheiterns der „R. A. J.“-Arbeiter und Jugendbewegungen.

Dieses Urteil des Staatsgerichtshofes zum Schande der Republik ist eines der schlimmsten Terrorurteile dieses Jahrhunderts. Denn die Verurteilung ist ein Beweis für die Verurteilung der Arbeiter und Jugendbewegungen vor dem Staatsgerichtshof gesamt werden, welches sich als Kater der gestrichelten Fäden.

Die Angeklagten der Co. haben ungeheuerliche Urteile, die nur auf Grund des vom Hamburger obersten Senat für ungültig erklärten Parteiverbotes erlassen werden konnten, werden außerdem gefällt, um die ungeheuerliche Niederlage, die sich die Klassenpartei in diesem Prozeß geholt hat, zu verhehlen.

## Der Württembergische Kommunistenprozeß.

Der dem Staatsgerichtshof der Reichsregierung, der sich längs zu einer verurteilenden Entscheidung gegen die kommunistische Partei entschieden hat, begann der Hochverratsprozeß gegen den Reichstagsabgeordneten Karl Sedel und Ludwig Becker, den Reichstagsabgeordneten Hans Cretzer, Frau Raab, Reichstagsabgeordnete Schreiber, die Genossen Müller, Schyma, Delhner, Karl Frick, Karl Groß, Stephan Heymann, Albert Jander und Walter Vanus. Die Angeklagten wurden am 23. Dezember 1923 in der Hauptverhandlung in Stuttgart, wo sie zusammengekommen waren, verurteilt.

Zum dritten Male stehen die Genossen in dieser Angelegenheit vor Gericht. Das erste Urteil lautete aber sehr mäßig. Die Urteile dieses Mal sind aber sehr hart. Die Urteile dieses Mal sind aber sehr hart.

Die Urteile dieses Mal sind aber sehr hart. Die Urteile dieses Mal sind aber sehr hart. Die Urteile dieses Mal sind aber sehr hart.

Die Urteile dieses Mal sind aber sehr hart. Die Urteile dieses Mal sind aber sehr hart. Die Urteile dieses Mal sind aber sehr hart.

Die Urteile dieses Mal sind aber sehr hart. Die Urteile dieses Mal sind aber sehr hart. Die Urteile dieses Mal sind aber sehr hart.

Die Urteile dieses Mal sind aber sehr hart. Die Urteile dieses Mal sind aber sehr hart. Die Urteile dieses Mal sind aber sehr hart.

Die Urteile dieses Mal sind aber sehr hart. Die Urteile dieses Mal sind aber sehr hart. Die Urteile dieses Mal sind aber sehr hart.

Die Urteile dieses Mal sind aber sehr hart. Die Urteile dieses Mal sind aber sehr hart. Die Urteile dieses Mal sind aber sehr hart.

## Berichtswörter und Revolutionäre

Lebhaftigkeit der Genossen von A. Kautskis. Auf dem Polnischen überlebt von St. Kubicki.

„Ich war hier, und quer durch die Stadt gelaufen und habe mich plötzlich in einem großen Saalraum vor der Haupttribüne, in der ich Kautskis anwesend hatte. Der Saal war voll mit Leuten, und ein Mann stand bereit. Da verließ die Haupttribüne einige Leute in Militäruniformen, ich sah herein und konnte gerade Kautskis ruhige Augen sehen. Der Mann sah darauf. Ein Schußmann ließ die Leute auseinander.“

„Gehes Geld hat er gebittet“ habe ich ein Wort hinter mich gelassen.  
„Was?“ antwortete der Partner des Mannes. „Ich kann was anderes? Was meinst du? Ein guter Herr war's. Der hat Geld gebittet.“  
„Rechtlich? Rechtlich?“ rief er, als er merkte, daß ich ihn belächelte.  
„Rechtlich haben die ihn. Dann?“ habe ich ihn hinter mich her brummt.  
„Eigentlich hatte ich in Moskau nichts mehr zu tun. Ich habe etwas zu tun in der Richtung von Kautskis, und gerade als ich in der Straße, in der er wohnt, hingehen wollte, habe ich jemanden gesehen.“  
„Wer?“  
„Ich habe mich mit ihm und er hat mich meinen jüngeren Mitarbeiter Kautskis.“  
„Kautskis? Kautskis hat das? Von der Haupttribüne?“  
„Ja, Kautskis hat das? Von der Haupttribüne?“  
„Ja, Kautskis hat das? Von der Haupttribüne?“

„Ich habe mich mit ihm und er hat mich meinen jüngeren Mitarbeiter Kautskis.“  
„Kautskis? Kautskis hat das? Von der Haupttribüne?“  
„Ja, Kautskis hat das? Von der Haupttribüne?“  
„Ja, Kautskis hat das? Von der Haupttribüne?“

„Ich habe mich mit ihm und er hat mich meinen jüngeren Mitarbeiter Kautskis.“  
„Kautskis? Kautskis hat das? Von der Haupttribüne?“  
„Ja, Kautskis hat das? Von der Haupttribüne?“  
„Ja, Kautskis hat das? Von der Haupttribüne?“

„Ich habe mich mit ihm und er hat mich meinen jüngeren Mitarbeiter Kautskis.“  
„Kautskis? Kautskis hat das? Von der Haupttribüne?“  
„Ja, Kautskis hat das? Von der Haupttribüne?“  
„Ja, Kautskis hat das? Von der Haupttribüne?“

„Dann trete ich als Arbeiterin in eine Fabrik ein oder ich lasse mich auf dem Lande nieder.“  
Im gehobener Stimmung kehrte ich abends in mein Quartier heim. Unterwegs fragte ich Kasjanoff, was er mache. Er war in einer schlimmen Lage und gebunden an Hände und Füßen. Nach dem Tode seines Vaters war die Mutter verrückt geworden. In eine Anstalt wollte er sie nicht geben.  
„Schlagen würde man sie?“ sagte er, „ich kann den Gedanken nicht ertragen. So habe ich sie denn zu Hause, sie ist ruhig wie ein Kind, aber ich habe meine Bewegungsfreiheit verloren. Abwärts sehe ich so und sehe die anderen, wie sie miteinander untergehen. Wenn man mich verhaften sollte, müßte sie betteln gehen, die Polizei würde sie aufgreifen. ... Es ist ein dummes Dasein. Die Tarzina meint, ein anderer würde sich meiner Mutter annehmen. Aber sie ist ja wie ein Kind, sie nimmt nichts in den Mund, wenn ich's ihr nicht gebe.“

Wir trennten uns.  
Früh morgens klopfte Bolchowski an meine Tür.  
„Mit Nähe habe ich ihre Adresse gefunden.“ sagte er.  
„Heute nacht hat man Kasjanoff verhaftet. Wir müssen uns um die Mutter kümmern. Sie sind reich, dochten wir, vielleicht könnten Sie helfen, wir haben nämlich selbst nichts.“  
Zum Glück hatte ich Geld bei mir.  
Die Polizei hatte auch die Alte mitgenommen. Bolchowski versuchte sie durch Gespräch zu befreien.  
„Mag er wenigstens um die Mutter ruhig sein.“  
Der Tag verging mit Hin- und Herlaufen. Ueber Kasjanoff konnte man nichts erfahren, doch gelang es schließlich, die Mutter herauszubekommen. Eine bekannte Dame hatte die Rolle einer Verwandten übernommen und nahm sie auf ihre Verantwortung zu sich. Auf der Bezirkswache hatten wir die Karte unter der Aufsicht eines besoffenen Weibes gefunden. Sie war so eingeschrieben, daß sie uns noch in dem Wagen mit dem wir heimfahren, erspäht anschaute. Man kann sich denken, welches schreckliches Vorstellung als diese stillen Tränen im Antlitz des großen Menschenkindes, das Angst hatte, laut zu lachen oder Weiden zu lassen.

„Wir fahren zu Mijsa.“ sagte Tarzina.  
„Nicht ganz so, aber Mijsa hat es so angeordnet.“ verbeugte sich Bolchowski. Die alte Dame schaute ihn an: „Mijsa hat angeordnet“, wiederholte sie. Und sie hatte von dem Augenblick an unbegrenzt Vertrauen zu ihm.

„Wir fahren zu Mijsa.“ sagte Tarzina.  
„Nicht ganz so, aber Mijsa hat es so angeordnet.“ verbeugte sich Bolchowski. Die alte Dame schaute ihn an: „Mijsa hat angeordnet“, wiederholte sie. Und sie hatte von dem Augenblick an unbegrenzt Vertrauen zu ihm.

„Wir fahren zu Mijsa.“ sagte Tarzina.  
„Nicht ganz so, aber Mijsa hat es so angeordnet.“ verbeugte sich Bolchowski. Die alte Dame schaute ihn an: „Mijsa hat angeordnet“, wiederholte sie. Und sie hatte von dem Augenblick an unbegrenzt Vertrauen zu ihm.

„Wir fahren zu Mijsa.“ sagte Tarzina.  
„Nicht ganz so, aber Mijsa hat es so angeordnet.“ verbeugte sich Bolchowski. Die alte Dame schaute ihn an: „Mijsa hat angeordnet“, wiederholte sie. Und sie hatte von dem Augenblick an unbegrenzt Vertrauen zu ihm.



# Der georgische Schwindel entlarvt.

Moskau, 26. September.

Die „Pravda“ veröffentlicht eine große Anzahl von Dokumenten über die Tätigkeit der georgischen Zentral- und Regionalkomitees und deren Vorhaben zur Organisation eines Aufstandes, welche im Konflikt mit den Regierungsstellen Frankreichs, Italiens, Englands und anderer Länder erfolglos sind. Die georgische Emigration hat ihre ausführenden Zentren in Warschau, Berlin, Paris, Rom, London und New York. Durch die leitenden Generale Salabala und Rasbel steht die georgische Zentrale in enger Verbindung mit der polnischen Regierung und der II. Abteilung des polnischen Generalstabes. In den polnischen Kriegsgefangenen werden 245 georgische Offiziere, 120 Jäger und 72 Ingenieure auf Kosten der polnischen Regierung ausgebildet.

Unter den veröffentlichten Dokumenten befindet sich eine Note der polnischen Regierung an die französische, in der die Forderung des Rücktritts der georgischen Regierung von der Sowjetregierung die Forderung der georgischen Republik befreit; sie enthält auch ein Memorandum des georgischen Komitees in dieser Angelegenheit an die französische Regierung.

Es wird auch der Text einer am Vorabend der Genoa-Konferenz angenommenen Resolution der Pariser Bürgervereine über die georgische Revolution veröffentlicht, auf dem die Forderung der Einigung über die Erörterung der georgischen Frage auf der Genoa-Konferenz zu verhandeln, und ihm die Forderung abzugeben, daß die ehemalige georgische Regierung bereit sei, dem ausländischen Kapital die Erhaltung der natürlichen Ressourcen Georgiens unter den günstigsten Bedingungen zu überlassen.

Die Regierung Rumens übergab der Pariser georgischen „Regierung“ 4 Millionen Franken.

Der georgische Menschewitz Raneli, Leiter der „ausländischen Finanzabteilung“, hat laut den veröffentlichten Dokumenten im Februar 1924 zur Vorbereitung des Aufstandes durch Vermittlung eines in Berlin lebenden Sozialdemokraten Korhlan und eines holländischen Kaufmanns Oria Kapital 2500 Millionen Rubel und 1500 amerikanische Dollars nach Georgien überweisen. (Red. der „Sowjet. Arbeiter.“) Die II. und der Bauernrat Rumens führten die georgischen Menschewitz mit den Franzosen Verhandlungen über eine Lieferung von 18000 Revolvern, sowie 2500 Gewehren. Hauptquartier Raneli hat die Finanzabteilung der Pariser georgischen Zentrale übergeben die aus Rumänien Quellen, sowie auch den Verkauf der durch die ehemalige georgische Regierung übernommenen Anleihen zu erhalten. Die Summen der Gelder sind in Georgien und bezahlte aus die meisten Ausgaben der Emigrationsführer.

Es wird auch Wort für Wort ein Spionagebericht der russischen Geheimdienstlichen Organisation veröffentlicht, der eine genaue Beschreibung der ganzen bewaffneten Macht Sowjet-Georgiens gibt, und der den polnischen, rumänischen und türkischen Generalstabern übergeben wurde.

Außer der Spionagearbeit führte diese Organisation, die gänzlich aus dem Ausland finanziert wurde, auch die Organisation von Terroristen durch. Diese Arbeit ist gegen die Mitarbeiter der Sowjetregierung, sowie auch gegen ehemalige Mitglieder der georgischen menschevischen Partei, die aus der Partei austraten, da sie die ausführenden Stellen der Emigration nicht billigen. Dies ergibt sich aus dem in Wortlaut veröffentlichten Brief des erwähnten Generals Rasbel an Jordan, wo die nach Georgien zur Durchführung von Terroristen einschickten Leute namentlich aufgezählt werden, und in welchem die finanzielle Unterstützung der georgischen Organisation gegeben wird.

Auch werden die Pläne von Sprengungen der Eisenbahnbrücken und Vorbereitung des Aufstandes dargelegt. Es zeigt sich aus diesem Brief, daß auf Trotz ein Attentat während seines Aufenthaltes in Samsun, sowie auch Attentate auf die Mitglieder der georgischen Regierung, Wabaradze und Miliwan geplant waren.

Es wurde eine vom März 1924 datierte Invitation der georgischen Militärspezialisten in Warschau veröffentlicht mit strategischen Richtlinien zur Organisation eines Aufstandes. In einem Schreiben des Vorstandes des Konstantinopler georgischen Komitees Galatwadz wird folgendes gesagt: „Im Balkanbund würde die georgische Frage gestellt. Im Namen des Balkanbundes wird eine Kommission nach Georgien geschickt, mit der wir in Verbindung stehen. In der Kommission befindet sich einer unserer Leute, der von uns befragt, unsere Interessen kennen wird.“

## Die ganze Republik für 10

Nach dem Landgericht 3 in Berlin stand der Arbeiter Böhm, Mitglied der KAP, weil er während des Belagerungszustandes ein Plakat der KAP angeheftet hatte. In dieser Zeit befand selbst nach dem Gesetz zum Schutze der Republik kein Verbrechen.

Anstatt einen Arbeiter freizusprechen, diktiert man ihm 10 Mark zu. — Mehr ist auch die ganze Republik nicht wert.

## Aus der Provinz

### Nationale Einheitsfront!

Ein Bergmann aus Weisstein, welcher zu Besuch in Faulbrück weilte, hatte Gelegenheit, einen Ausflug zu beobachten, welcher sich aus Stahlhelmläutern Schwarzweissrot und dem Reichsbanner zusammensetzte. Er sah nicht der Kampf des Reichsbanners gegen die Bolschewiken an. Es geht doch nichts über die nationale Einheitsfront. Dafür Kampf den Kommunisten!

### Erklärung betreffs der Anfrage an die Ortsgruppe Altwasser.

Am der Familie des verhafteten Genossen König, Konradthal, welcher inzwischen nach Schweidnitz überführt worden ist, ebenfalls der verhafteten Genossen Biedow eine Unterstützung zu gewähren, wurde vom Ortskomitee der Roten Hilfe eine Sammlung eingeleitet. Der Frau König wurden nun die gesammelten Lebensmittel, Kleidungsstücke und ein Betrag von 10 Mark übergeben, worfür Danksagen vorliegen, und den Camaraden übergeben wurden, damit von vornherein jeder Irrtum ausgeschlossen ist. Auch können die Camaraden jederzeit bei verschiedenen Spendern die Danksagen vorlegen.

Ortskomitee der Roten Hilfe.

## Ein Provolatent!

Trotzdem schon in der letzten Stadtbürgerversammlung im Altwasser das Kreisleitungsmitglied und Vorkämpfer der SPD von Altwasser provolatorisch vorging, hat dieser erneut in der am Montag abgehaltenen Sitzung, die Kommunisten aus dem Saale zu werben. Später erlaubte sich derartige Dinge meist dann, wenn Kriminalbeamte in den Versammlungen anwesend sind. Kommunisten, laßt euch, wo immer es auch sein mag, von diesem Vorkämpfer der Provolatoren und Spione nicht in Achtung nehmen.

Freiburg. Die letzte Stadtbürgerversammlung sah eine reichhaltige Tagesordnung. Sie umfaßte 14 Tagesordnungspunkte. Wir wollen uns sparen, auf alle Einzelheiten einzugehen, nur das für die Arbeiterschaft besonders wichtige sei hier vermerkt. Bei der Durchberatung des Etats für das laufende Jahr kam es zu einer ziemlich heftigen Auseinandersetzung. Genosse Krusche beantragte zunächst, den Arbeitslosen das und Wasser umsonst zu liefern. Dem wird nicht geantwortet und es sollen die Gemeinderäte dementsprechende Anträge einbringen. Des Weiteren beantragte er, anlässlich der Tagung, daß für die geringe Zahl der Oberkassierer die Schule mit der großen Kinderzahl nur 3000 Mark befreit, den für Beschaffung von Vermittlern eingeleiteten Betrag für letztere von 1500 Mark auf 5000 Mark zu erhöhen. Er wurde mit 10 gegen 9 Stimmen abgelehnt. Hier war es bezeichnend, wie der sogenannte „Christliche Arbeiterpartei“, Herr Seiler, gegen den Antrag stimmte und ihn so zu Fall brachte. So steht die Intellektuellenvertretung des Zentrums seinen Arbeitern gegenüber. Auch ein anderer Herr zeigte sehr Interesse gegenüber der Arbeiterschaft, und zwar war dies der Redakteur unseres Stadtblattes, welcher mit unter den Zuhörern saß. Er hatte für die Befreiung des Antrages ein freundliches „Sehr richtig“. Eine lebhaft debattierte die Erhöhung der Gemeindefiskus zur Grundvermögenssteuer von 100 auf 150 Prozent und die Erhebung von weiteren 100 Prozent der Grundvermögenssteuer als Gemeindefiskus zur Hauszinssteuer. Genosse Krusche nimmt hierzu in harten Worten Stellung und ist gegen diese Anträge, da diese Steuern umgelegt werden können und so vor allem wiederum die Arbeiter belasten. Die Sprecher der bürgerlichen Fraktion erkannten dies in klugen Worten aus an, aber sie wollten keinen anderen Ausweg. Darauf beantragte Genosse Krusche, die Kapitalertragsteuer auf 33 1/3 Prozent zu erhöhen und eine Wohnungsverkehrssteuer einzuführen. Auch dies fand begrifflicher Weise keine Gegenliebe bei den Bürglichen. Die Genossen Wong, Swelich, Gruchta verpflichten die übrigen Argumente der Erhebung und es kam zur Abstimmung. Der Antrag des Genossen Krusche fand nur 5 Stimmen für sich, die 10 Bürgerlichen stimmten dagegen, die SPD-Vertreter enthielten sich der Stimme. Dem SPD-Mann Hindermann, der augenscheinlich immer nicht so recht weiß, wie er stimmen soll, wurde der erhobene Arm von seinem Genossen Köhner heruntergeholt. Die Anträge auf Erhöhung wurden schließlich wieder mit Hilfe des Christen Seiler angenommen und die Mieter von Freiburg haben in nächster Zeit das Verhängnis mehr Miete zahlen zu dürfen. Die Arbeiter dürfen sich obendrein noch den Hungerriemen etwas enger ziehen. Ein Antrag auf Erlass einer Getränkesteuerordnung wurde gegen die Stimmen unserer Genossen angenommen. Abgelehnt wurde die Bewilligung von Mitteln zum Bau einer Schupfaserne in Waldenburg. Die übrigen Punkte wurden rasch erledigt. Genossen, zeigt den Arbeitern, wie mit ihren Interessen Schindler getrieben wird. Ihr Arbeiter aber kommt in die Stadtbürgerversammlungen und setzt euch an, wer wirklich eure Interessen vertritt. Geht den Pharisäern mit den glatten Pfaffen, endlich einmal den verdienten Lohn. Findet euch mit den Kommunisten zusammen und kämpft mit ihnen um euer Wohl. Erkennt aus dem Verhalten des Redakteurs Schwandt, daß es höchste Zeit ist, den „Boten“ aus euren Wohnungen zu entfernen. Abonniert dafür die „Schließliche Arbeiterzeitung“. Sie ist die einzige, welche wirklich eure Interessen vertritt.

Schweidnitz. Achtung, Gewerkschaft! Montag, den 29. September, nachmittags, findet im Gewerkschaftshaus eine Gewerkschaftsversammlung statt. Sämtliche organisierte Gewerkschaften werden erbeten, daran teilzunehmen. Auch die Vertreter der Linksparteien sollen erscheinen. Gewerkschaften von Schweidnitz, laßt für Massenbesuch. Sprecht eure Sorgen und Bedrückungen aus, damit jetzt endlich Klarheit wird. Auch alle Frauen sollen erscheinen.

Ein böser Reinsell. Am Montag fand hier eine öffentliche Versammlung der SPD statt. Trotzdem eine riesige Propaganda entfaltet worden war, hatten sich etwa 100 bis 120 Männlein eingefunden. Davon waren 20 Prozent schwarzrot-goldene Schindelhämer, die übrigen waren Kommunisten. Die angelegte große Kanone war nicht erschienen, dafür war der alte Papa Feldmann Franz erschienen. Franz sang zuerst ein Trauerlied über die sterbende SPD, in Oberdeutsch und dann ging's los. Erreden sollte er über das „Londoner Abkommen“ und die „deutschnationale Umwälzung“. Und was hörten wir? Jedes dritte Wort war kommunistisch. Von Ruth Fischer über „Opferteil“ zu Clara Zetkin, alle muhten dranglauben. Wir sind schon sterben Zabal von Franz gemöhnt. Aber diesmal übertraf er sogar den „Berka“ mit seinen Ammenmärchen. Der alte Papa ist wirklich nicht mehr ernst zu nehmen. Er rühmte sich noch, schon so viele Kommunisten vor dem Zuchthaus gerettet zu haben (!) und sprach dann über die schwere Parlamentsarbeit und erklärte, daß die SPD abgewirtschaftet habe und nur die allein seligmachende SPD, den Arbeitern helfen könne. Per Beifall war recht viel, welcher hatte bestimmt mehr Stoff. In der Diskussion trat ihm zunächst Genosse Reimann-Striegau entgegen. In nahezu einseitigen Zusätzungen versuchte er das ganze Referat Franz's und gab ihm manche unangenehme Wahrheit zu hören. Kein Fortschritt erfolgte, als er die verräterische Handlungsweise der SPD, aus dem Reichstage entlassen. Ganz verdammt sah Feldmann da und schüttelte wehmütig den Kopf. Genosse Reimann wies an Hand von Belegen den ganzen ungeheuren Beitrag des Entschlusses nach und zeigte, welche enormen Kosten über das Proletariat hereinbrechen. Aber er gab auch an, welchen Weg wir gehen müssen, um zu erkünnen und um den internationalen Kampf gegen den Bolschewismus anzunehmen.

Nach Reimann verlor die ausgeschlossene Stadtverordnete Schuberth keine Mühen anzubringen, er erging sich in wüsten Schimpereien gegen alles, was mehr ist wie er. Er fand wenig Gegenliebe und mußte bald abtreten. Nach dem unterwürdigem F. F. Mann Siegert hielt Papa Feldmann sein Schlusswort. Und siehe da, Franz war belämmert. Er sammelte die alte Waage wie immer, schaltete die alte Waage von Einigkeit und Demokratie, ließ auf den Kernpunkt bezug er einzuweisen. Na, mein lieber, alter Feldmann, wenn wir solange warten, bis das eintritt, was die SPD will, dann schreiben wir bestimmt schon das Jahr 2000.

Wenn die Schweidnitzer SPD weiter solche „Volksversammlungen“ macht, dann sollen sie das nächste Mal rasig in einer Versammlung treffen und Stat spielen, denn ihre Postul gibt hier nicht mehr.

Schweidnitz. Jede Lehre vor seiner Zeit. In Nr. 225 der „Schweidnitzer Bergwerk“ verurteilt der bekannte Kritiker von Schweidnitz den hiesigen Kommunisten ein „ausgezeichnet“. Er berichtet von der letzten miserabel besetzten Volksversammlung der SPD. Trotzdem die hiesige SPD dieses Mal große Propaganda für diese Versammlung gemacht haben,

hatte alle hatten es uns nachgemacht und in den Vertriehen Handzettel verteilt, haben sie trotzdem ein Glas geleert. In obengenannter Weise hat sich die Vertriehenleiter über die Entstellungen Schuberth, die er geben will in der nächsten öffentlichen Versammlung. Ihr soll euer blaues Wunder erleben, wer dabei den Kraxen stehen wird. Aber das eine möchte ich der SPD betonen. Wenn ihr euch reinhalten wollt, dann antwortet uns! Weshalb ist R. aus dem Konsum gestiegen? Was ist bei der Rindertruppe geschehen? Wünsch ihr Auslieferung von uns? Wie sind gern bereit, in euren Sumpf zu tauchen. Wir sind konsequent für uns ist jeder erklügelt, der Schweidnitzeren gemacht hat, aber bei uns stellt sich die Waage hinter solche Leute und sie erhalten nicht die Wollen, um Beispiel bei der Stadtbehörden. Politisch genügen diese Zeiten. Wir sind gern bereit, zu mehr zu dienen. Wir rufen euch nochmals zu, laßt den Druck von eurer Seite.

## Freidenker-Versammlung.

Vom 19. bis 21. d. Mts. fand im ehemaligen Preussischen Herrenhaus in Berlin eine Generalversammlung der Freidenker für Freibeitstellung statt. Verschiedene ausländische Arbeiterorganisationen überbrachten die herzlichsten Grüße ihrer Mitglieder und sprachen den Wunsch aus, daß die diesjährige Tagung von bestem Erfolg gekrönt sein möge. Es wurden wichtige Beschlüsse gefaßt, die in einer nächsten Woche haltfindenden Versammlung bekanntgegeben werden. Zu dieser Versammlung wird durch ein Mitglied eingeladen werden.

## Oppeln.

### Das alte ist das Geldgeheim!

Das alte ist das Geldgeheim! Im neuen Deutschen Reich! Das sind die Führer im Ostfeldzug! Die Meißel im Württemberg! (Heinrich Heine.)

Der „Zeitungsbote“ und der schöne Studienassessor Hank sind zum Vorstand des Reichsbanners O. O. B. B. rot-gold gewählt, letzterer ist der militärische Leiter, dem er war ja unter den Militärspätern Wilhelm des Verstorbenen schon Leutnant, und da er da schon Leutnant war, muß er natürlich von diesem militärischen Stam etwas verstehen. Also können wir vollaus beruhigt sein, der Schutz der Republik liegt in guten Händen. Ein hellerer Schein hat man wohl kaum finden können. Aufhören sie, heiden wollen die Gasse schmücken aber der „Zeitungsbote“ ist ja ein guter Es ist zu rügi kann man sich nicht, denn er verzicht ja nicht nur, zumal, sondern zumal und, wenn er sein noch vielmal mehr. Vor kurzen hat er noch anlässlich der ersten Stadtbürgerversammlung gesagt, sei ja schon ein sehr hübscher Mensch, aber politisch sei er eben doch nur eine abgedroschene Säule inmitten einer Ruine, und mit dieser gedorkenen Säule und dem dazu gehörigen Haufen Scherben will er jetzt die Republik verteidigen. Wir hoffen ja nicht, Schaden zu tun, aber wenn diese unfähige Freundschaft von Republikanern ihre Feuerkraft ablegen wird, wird das Unglück werden.

## Bentzen.

Die gesetzliche Miete für Oktober beträgt 62 Prozent der reinen Friedensmiete. Auf unglück Auf der Landstraße, Welschowa-Rohlfing wurde der festerjährige Volkshüter Seidelhoff von einem Automobil überfahren und getötet. Der Fahrer ist geflüchtet. Magistratsitzung. Nachdem die letzte Sitzung ausfallen mußte, findet die nächste Magistratsitzung am Donnerstag statt. Krankheitsstatistik. In der letzten Augustwoche haben sich die Scharlachfälle auf 621 und die Diphtherieerkrankungen auf 62 erhöht. In der Stadt sind hier folgende Fälle zu verzeichnen: Scharlach 997, Diphtherie 539, Scharlach 463, Ruhr 147, Kinderlähmung 93, Diphtherie 39.

## Gleiwitz.

Schiedsgericht im Löpfergewerbe. Im Schiedsgerichtsausschuß wurde vereinbart, den Stundenlohn von 20 Wagn 15 Prozent zu erhöhen. Es ist dies eine Niederlage, da die Löpfer zuerst 30 Prozent Lohnsteigerung gefordert hatten. Die Arbeit, die eine Woche ruhte, wurde gestern wieder aufgenommen.

## Oppeln.

Der neue Polizeikommissar. Zum Chef des Polizeikommissars Oberstleutnant wurde Polizeimajor von Polenz bestimmt. Der bisherige Chef, Oberst Köstner, wurde nach Gleiwitz versetzt.

Hundesperrre aufgehoben. In folgenden Orten trat ab Sonnabend eine Erhebung der Hundesperrre in Kraft. Die Hunde müssen nunmehr nur einen bittenden Mahlschrei tragen. Bentzen, Czernowitz, Klumendau, Opatowitz, Hübnerdorf, Rgl. Neuborf, Konradsdorf, Halberdorf, Rgl. Pappsdorf, Oppeln, Rosenbergl, Schomberg, Torgsdorf, Wienau.

## Rattowitz.

Die Gemeinden der Wojewodschaft Schlesien eruchen um die Erziehung ihrer Schulen an die Wojewodschaft. Diese übertragen 20 Millionen Polennark. Die Gemeinden erklären sich außerstande, diese Schulden zurückzahlen.

Gescheiterte Lohnverhandlungen. Am Donnerstag forderten die Vertreter der Angestellten von den Unternehmerorganisationen eine Gehaltserhöhung von 15 Prozent. Die Verhandlungen wurden durch Weigerung der Unternehmer ergebnislos abgebrochen. Sie werden vor einem Schiedsgericht unter dem Vorsitz des Oberbürgermeisters Markowitsch Montag wieder aufgenommen werden.

Schuld nicht. In Zarnobitz betrat ein Polizist das Gebiet eines Privatbesitzes und schloß ohne jede Bewilligung einen Handelsmann nieder. Er ist geflüchtet.

## Königsbrunn.

Geteilte Arbeitszeit. Für die Bauernschaft wurde geteilte Arbeitszeit für das Winterhalbjahr festgesetzt. Die Dienststunden laufen von 8-1 und 3-6 Uhr.

Beschlagnahme der Königsbrunn. Das Finanzamt forderte von der Königs- und Landratskammer eine Vermehrung von 18 Millionen Zloty. Da die Kammer nicht zahlen konnte, wurde der gesamte Freibeitstand und das Rittergut Kraszewitz beschlagnahmt.

## Wostrow.

5 Sittlichkeitsverbrechen an einem Tag. In Wostrow, Sibirien, Neuberger, Unterelbendorfer und Neuhain wurden 5 Frauen, aber auch 10 und 11jährige Kinder in Wostrow verurteilt. Da die Polizei gegen die Unholben wehrlos ist, fordern wir die Frauen auf, zur Hilfe zu schreiben. Ein wirksames Mittel ist, sich gegen solchen Rohlingen zu verteidigen, mit aller Macht, die ihnen oder dem Fuße gegen das Gesetz des Mannes.



# Auf zum Kampf für die Einheit der Gewerkschaftsbewegung!

## An die Arbeiter und Arbeiterinnen aller Länder!

Die Arbeiterklasse aller Länder wird von einer neuen Offensive der Kapitalisten bedroht. Der Dawes-Plan, der am 30. August in London von den Beauftragten der imperialistischen Mächte unterzeichnet worden ist, ist ausgefüllt in der Annahme der großen kapitalistischen Krise, die die Wirtschaft erschüttert, auf Kosten der Arbeiter verschleppt und damit zugleich die Möglichkeit zur Vorbereitung der unausweichlichen kriegerischen Auseinandersetzung zwischen den imperialistischen Mächten herbeiführen zu können.

Der Dawes-Plan ist ein gewaltiger Feldzugsplan gegen das internationale Proletariat.

Seine Durchführung bedeutet weiteren Abbau des Wohlstandes, verdrängte Arbeiter, Verschlechterung der Löhne, ungeheure Vermehrung der Arbeitslosigkeit. Er bedeutet zugleich die tatsächliche Unterdrückung der künftigen revolutionären Arbeiterbewegung und die energische Vorbereitung neuer gewaltiger imperialistischer Kriege.

Nicht in England die Summe der gezahlten Löhne seit 1919 um fünfzig Prozent sinken zu sehen, während die Preise sich verdoppelt haben? In den U.S.A. sind die Löhne in den letzten Monaten um zehn Prozent gesunken. In Frankreich ist durch den Abbruch der Kaufkraft der Löhne planmäßig gesunken. Die Arbeiter in Deutschland befinden sich in der schlimmsten Lage. In der Tschechoslowakei hat eine große Teilung der Arbeiterklasse in entsetzliche Elend gebracht. In allen imperialistischen Ländern besteht die gleiche Lage. Der Lohnarbeiter muß mehr hungern, zugleich verlangt die Bourgeoisie

mehr Arbeit, weniger Geld!

Den Arbeitern Polens, Belgiens, Österreichs wird jetzt der Achtstundentag genommen.

In allen Ländern nimmt die Erwerbslosigkeit immer größeren Umfang an. Die U.S.A. zählt drei Millionen Arbeitslose, England 11, Millionen, Deutschland 11, Millionen, Frankreich und Kuratarien, in allen Ländern zusammen sieben Millionen arbeitslose Arbeiter.

Dazu kommen noch viele Millionen Kuratariener.

Die Durchführung des Dawes-Planes veranlaßt den Kampf der Kapitalisten gegen die Arbeiter.

Und der Dawes-Plan bringt keinen Frieden zwischen den einzelnen Staaten.

Diesem Maße, ist in Canada und im Vorkriegsabbauung in ganz große katastrophale Reden für den Frieden halbes Jahr, haben wir einigen Teil Arbeiterklasse und Frauen in China einfallen lassen. Die Reichsregierung hat durch den Dawes-Plan in der Diktatur der imperialistischen Mächte die Durchführung des Dawes-Planes in Spanien nicht eines wackelnden Ring um Unterstützung der Arbeiter in Marokko. Die U.S.A. erneuert mit ihrem Dollars den wirtschaftlichen Zustand in Mexiko. Die U.S.A. erneuert mit ihrem Dollars den wirtschaftlichen Zustand in Mexiko. Die U.S.A. erneuert mit ihrem Dollars den wirtschaftlichen Zustand in Mexiko.

Die Arbeiter und Arbeiterinnen aller Länder müssen sich gegen diese neue Offensive der Weltbourgeoisie wehren.

Sie können ihre Lage nicht weiter verschlechtern lassen. Sie können sich nicht als Sklaven der neuen Kriegsbourgeoisie begeben. Die Arbeiterklasse muß sich als neue, kämpferische Kraft der Revolution herbeigewinnen lassen.

Über sie wird ein einheitlicher Kampf geführt durch die Arbeiterklasse. Es ist die notwendige internationale gewerkschaftliche Einheit, die gewerkschaftlichen Organisationen sind in zwei große Lager gespalten.

Die Kommunistische Internationale und die Rote Gewerkschaftsinternationale haben jederzeit mit aller Energie gegen die Spaltung der Gewerkschaften gekämpft, denn die Spaltung der Gewerkschaften schwächt die Kampffront der Arbeiterklasse.

Die Reformisten in der Zweiten und in der Amsterdamer Internationale, die bewußt oder unbewußt im Dienste der Imperialisten stehen, wie sie während des Weltkrieges treue Diener der Bourgeoisie waren.

Die Reformisten haben den einheitlichen Kampf der Arbeiter aller Länder sabotiert, sie haben die Gewerkschaften gespalten.

Im gegenwärtigen Moment braucht die Arbeiterklasse mehr als je die Einheit der Gewerkschaften, aber es muß eine Einheit des Kampfes gegen die neue Offensive des Kapital und gegen neue imperialistische Kriege sein.

Arbeiter, Arbeiterinnen! Ausgeborene aller Länder!

Die Kommunistische Internationale und die Rote Gewerkschaftsinternationale haben die Initiative ergriffen. Sie fordern die Schaffung der internationalen Einheit der gewerkschaftlichen Organisationen. Aber fragt die Führer der Amsterdamer Internationale nach der Einigung der Gewerkschaften. Unter allerlei Vorwänden antworten sie: nein. Sie lehnen den Kampf der Arbeiter, der notwendig ein revolutionärer Kampf, ein Kampf zum Sturz der Bourgeoisie ist. Sie wollen nicht diesen Sturz.

Einige „link“ Amsterdamer Führer sprechen für die Einheit, weil die Arbeitermassen für die Einheit sind. Sie müssen gezwungen werden, ihren Reden die Taten für die Einigung folgen zu lassen.

Der englische Gewerkschaftsleiter in Hull hat der gesamten Arbeiterklasse bewiesen, daß die englische Arbeiterklasse gewillt ist, den Kampf gegen die weitere Verelendung der Arbeiterklasse, gegen neue Kriegsbourgeoisie, gegen die neue Unterdrückung gegen Sowjetrußland anzunehmen. Er hat zugleich den Willen der englischen Arbeiterklasse bewiesen, der Gewerkschaftsspaltung ein Ende zu machen und die internationale Einigung der Gewerkschaften herbeizuführen.

Der Gewerkschaftsleiter in Hull muß der Majestäät zur Rehabilitation der besten Massen in allen Ländern sein, denn die Einigung wird nicht durch Verhandlung der Führer herbeigeführt werden. Ich muß sie erzwungen. Die Arbeiter und Arbeiterinnen in Belgien und Italien, in den Schächtern und auf den Bergbau, im Textile und Eisenbau, im Textilarbeiter und im Landarbeiter.

Arbeiter, Arbeiterinnen!

Nehmt an Euren Fronten und in den Gewerkschaften Stellung für ein einheitliches und einheitliches Einigen der Gewerkschaften. Nehmt an Euren Fronten und in den Gewerkschaften Stellung für ein einheitliches und einheitliches Einigen der Gewerkschaften. Nehmt an Euren Fronten und in den Gewerkschaften Stellung für ein einheitliches und einheitliches Einigen der Gewerkschaften.

Zwingt die Führer, die sich Euch entgegenstellen, die Spaltung anzugeben und Euren Willen durchzuführen.

Es ist die Einheit der internationalen Gewerkschaftsbewegung! Es ist die Einheit der vereinigten gewerkschaftlichen Organisationen aller Länder!

Gegen die Offensive des Kapitals!  
Gegen die Durchführung des Dawes-Planes!  
Für den Achtstundentag!  
Für höhere Löhne!  
Für die Einigung aller Gewerkschaften in die Betriebe!

Gegen die Verfolgung der revolutionären Arbeiterklasse!  
Gegen neue imperialistische Kriegsbourgeoisie!  
Es lebe die internationale Kampfgenossenschaft der Arbeiterklasse!

Moskau, Septem. 1924.  
Exekutivkomitee  
der Kommunistischen Internationale  
Vollzugsbüro  
der Roten Gewerkschafts-Internationale.

## Betrieb und Werkstat

### Stüßlings- und Wetterwirtschaft bei Linde-Hofmann.

Bei Linde-Hofmann sollte vor einigen Tagen ein junger Schlosser während seiner Urlaubzeit entlassen werden. Als Mitglied des Sportklubs Linde-Hofmann ging er während der Urlaubzeit zu seinen Sportkollegen und erzählte dort von seiner bevorstehenden Entlassung. Die Beamten erklärten ihm er brauche darum noch lange nicht entlassen zu werden, weil alle ledigen Schlosser der Abteilung entlassen würden. Sie würden das schon machen. Und tatsächlich: er kam vom Urlaub zurück und wurde wieder eingestellt. Der Fall enthält die schändliche Stüßlingswirtschaft, die bei der Firma Linde-Hofmann herrscht und nur infolge der Untätigkeit des sozialdemokratischen Betriebsrates einreihen konnte.

Ein ähnlicher Fall von Wetterwirtschaft wurde uns aus einer anderen Abteilung gemeldet. Dort sollten die alten Leute entlassen werden. Ein Kollege, verheiratet, Schwager vom Meister, suchte jedoch diese Beziehungen aus und konnte bleiben.

Es ist selbstverständlich, daß wir als Kommunisten nicht für den Hinauswurf irgendeines Kollegen eintreten, ob er nun Verwandter vom Meister oder Mitglied des Sportklubs der Firma ist. Denn nur in geschlossener Front kann sich die Belegschaft Linde-Hofmann andere Arbeits- und Existenzbedingungen erkämpfen. Aber diese Stüßlings- und Wetterwirtschaft, die Bevorzugung der einen, die Benachteiligung der anderen, muß mit allen Mitteln bekämpft und der sozialdemokratische Betriebsrat zu einer erwünschten Stellungnahme gegen dieses Korruptionsystem gezwungen werden.

### Die letzte Kartellung in Freiburg

umfaßt fünf Punkte, deren Erledigung verhältnismäßig glatt verlaufen ging. Es kam zunächst ein Schreiben zur Verteilung, betriebs der Neuwahlen zum Vorstand der Landesversicherungs-Kasse Freiburg ist kein Kollege aufgestellt. Kollege Krause bemängelte dies und verlangte, daß eine Protestresolution nach Breslau geschickt werden soll gegen die so kurz bemessene Frist zur Nominierung der Kandidaten. Er wies darauf hin, daß es angesichts der Zustände, die beispielsweise in Buchwald, Hohenwiese, All-Heide geherrscht haben, es ganz besonders notwendig wäre, daß Arbeiter hinlängen. — Für das Wahlheim wurden 20 Mark beigesteuert, nachdem ein höherer Satz abgelehnt wurde. Klage geführt wurde über das prohische Auftreten der Jurisprudenz. Eine Aufforderung der Saarauer Kollegen, die Schaffung eines Kreisgerichtes zu beantragen, wurde abgelehnt, da am Ort ein Kreisgericht besteht. In Punkt 2: Antrittstag, verlas der Vorsitzende ein Schreiben, wonach eine Veranlassung auf dem Ringe verboten wurde. Es wurde der in der vorletzten Sitzung gefasste Beschluß aufrechterhalten, in diesem Fall von einer Vertagung abzusehen. Daß probeweise gedifferte Sekretariat ersucht sich eines sehr regen Beluzs. Um den Kollegen auch fernerhin die Gelegenheit zu bieten, sich Rechtsauskunft zu holen, soll dem Kollegen Brona ein Zuschuß gezahlt werden. Nach einem kleinen Zwischenfall, wobei ein SPD-Kollege glaubte durchbilden lassen zu müssen (zum größten Gelächter der meisten Anwesenden), daß wohl der kommunistische Vorstand Schuld sei, daß die Antikriegsversammlung verboten worden ist, wurde die Sitzung geschlossen. — Kollegen, beachtet auch fernerhin die Kartellierungen.

Wir betreiben auf die im Inseratenteil veröffentlichte Bekanntmachung des Magistrats, wonach mit Wirkung vom 1. Oktober 1924 ab die Beiträge zur Erwerbslosenfürsorge auf 1% vom Hundert festgelegt sind.

Benachrichtigt für den gelauten Text: Rudolf Belle, Breslau; Inserate: Artur Müller, Breslau; Verlag: Produktionsgenossenschaft für die Provinz Schlesien, e. G. m. b. H., Breslau, Druck: Penzlag-Berlin, Filiale Breslau.

**Theater**  
Victoria-Theater  
Die Fledermaus  
Der Kavalier  
Die Fledermaus

**Amtl. Bekanntmachung von Breslau.**  
Der Magistrat von Breslau hat beschlossen, die Steuern für das Jahr 1924 zu erheben. Die Steuerbescheide sind ab dem 1. Oktober 1924 an den Magistrat zu bringen.

**Kommunistische Wandergewerkschaft**  
Wir suchen neue Mitglieder für unsere Gewerkschaft. Wir kämpfen für die Interessen der Arbeiterklasse.

**Amtl. Bekanntmachungen von Gottesberg.**  
Der Magistrat von Gottesberg hat beschlossen, die Steuern für das Jahr 1924 zu erheben. Die Steuerbescheide sind ab dem 1. Oktober 1924 an den Magistrat zu bringen.

**Amtl. Bekanntmachung von Nieder-Sermodorf.**  
Der Magistrat von Nieder-Sermodorf hat beschlossen, die Steuern für das Jahr 1924 zu erheben. Die Steuerbescheide sind ab dem 1. Oktober 1924 an den Magistrat zu bringen.

**Amtl. Bekanntmachung von Bittersbad.**  
Der Magistrat von Bittersbad hat beschlossen, die Steuern für das Jahr 1924 zu erheben. Die Steuerbescheide sind ab dem 1. Oktober 1924 an den Magistrat zu bringen.

**Amtl. Bekanntmachung von Bittersbad.**  
Der Magistrat von Bittersbad hat beschlossen, die Steuern für das Jahr 1924 zu erheben. Die Steuerbescheide sind ab dem 1. Oktober 1924 an den Magistrat zu bringen.

**Achtung! Genossen, bitte mich durch Auftragsbestellung zu unterstützen!**  
Ich empfehle sämtliche Ortsgruppen, Gewerkschaftszentren sowie Konsumvereine meine wieder eröffnete Parfümerie. Ich garantiere, nur erstklassige Ware bei ganz besonders herabgesetzten Preisen zu liefern. Ich bitte, sich mehrere Genossen zusammen zu schließen, um nicht unter 5 Rufen zu bestellen, da die Frucht dieselbe ist wie bei einer Rufe. Der Preis ist der erstklassigen Qualität und preisend sehr billig berechnet. Eine Rufe von 60 Stück Zahnlack bei freier Bahnfahrt 1.60 RM. Bitte genau auf Firma zu achten, weil kapitalistische Schwindelaktionen am Orte ist.  
Wedrichs Käsefabrik, Löwenberg i. Schl.  
Jahreserin: Genosin Martha Wedrich.

**Erfolgversprechend**  
ist ein Inserat nur in der Zeitung der schlesischen Arbeiter, der „Schlesischen Arbeiter-Zeitung“  
Verlangen Sie Vertreterbezug durch Fernruf Breslau, Ring 8827.

Einem neuen Leser, Genosse!  
Genossen! Sammelt eifrig Inserenten!